

Nebroner Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schreibleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Telephon: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinaufsatze 20 Pf.
Anzeigenannahme an Brudertagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artzen.

Nr 137

Dienstag, den 17. November 1931.

44. Jahrgang

Heftiger Wahl-Sonntag.

Erfreuliche Wahlbeteiligung.

Darmstadt, 16. November.

Selten hat eine Landtagswahl in einem der kleineren deutschen Länder derart die Aufmerksamkeit der gesamten Reiches auf sich gezogen wie diesmal die Neuwahl des Heftigen Landtags. Bestimmend dafür ist das Herannahen der Landtagswahl in dem größten deutschen Lande, in Preußen. Und die Tendenz dieser, auch für die Reichspolitiker bedeutsamen Wahl kann man bereits jetzt zu einem Teil aus der Umfassung der Wählermassen erkennen, die sich jetzt bei den Wahlen in anderen Reichsteilen ankündigt.

Dass die Landtagswahl in Hessen starke Veränderungen bringen würde, stand bereits fest, ehe überhaupt die Urnen aufgestellt worden waren. Das bisherige Landesparlament Hessens war 1927 gewählt worden, also zu einer Zeit, wo das politische Gesicht Deutschlands ganz andere Züge zeigte als heute. Zur Illustration genügt der Hinweis, daß 1927 die Nationalsozialisten, die jetzt selbst im kleinsten Dorf stark vertreten sind, den Wahlkampfplatz überhaupt noch nicht betreten hatten.

Wertwürdigerweise haben die großen politischen Fragen, um die in Deutschland seit Monaten der Kampf geht, und deren Lösungsmöglichkeiten die Gemüter erhitzen, nicht verschoben, doch 1931 in Hessen noch mehr Parteien um die Gunst der Wähler gemorren haben als 1927. Waren es damals 8 Parteien, die Listen eingereicht hatten, dann betrug diesmal die Gesamtzahl sogar 13, und dabei ist diesmal die Wirtschaftspartei noch ausgeschlossen, weil die von ihr eingereichten Listen aus den gesetzlichen Bestimmungen widersprechend zurückgewiesen worden waren.

Als eine lokale Besonderheit der heftigen Wahl verdient Erwähnung, daß für den Ausfall die Stimmabgabe des Hohen Landes entscheidend war; wohnen nach der Statistik doch mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten in Ortschaften mit weniger als 3000 Einwohnern. Daß es in den Parteien, die übrigens sämtlich ihre erste Reihengarnitur eingelegt haben, nicht leicht geworden ist, an die Wähler heranzukommen, liegt auf der Hand. Bei den lebensfrischen Parteien wurden diese Schwierigkeiten aber dadurch überwunden, daß allenthalben überzeugte Freunde vorhanden waren, die keine Mühe und keine Arbeit scheuten, um die Massen aufzuklären und das Herz der Nichtwähler, dem 1927 noch 45,5 Prozent der Stimmberechtigten angehörten, in Bewegung zu setzen.

Das ist diesmal in weitgehendem Maße gelungen, beschränkt die Wahlbeteiligung durchweg 80 bis 90 Prozent. In verschiedenen Städten und Gemeinden hatten bereits in den Mittagsstunden mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt. An mehreren Orten waren um die Mittagszeit sogar bereits 80 Prozent der Wähler an der Urne gewesen. Zu Zwischenfällen ist es während der Wahlhandlung nicht gekommen. Auf dem Lande war die Wahlbeteiligung gleichfalls außerordentlich hoch.

Es geht eben in Deutschland nicht mehr darum, ob hier und dort diese oder jene Koalition aus Ruder kommen soll, sondern wir sind jetzt in einen Einmünderlehrgangprozess geraten, in dem sich die Geister scheiden und neue Fronten entstehen. Der Wind muß jetzt, gleichgültig ob ein neuer Landtag oder ein neues Kommunalparlament gewählt wird, immer auf das Ganze gerichtet werden. Wir müssen heraus aus dem Wirrwarr der Parteienvielfalt und die handlungsfähigen Gebilde schaffen, die Notzeiten wie die unsrige erfordern.

Insgesamt waren in Hessen 70 Abgeordnete zu wählen, und zwar entfiel auf je 2000 Staatsbürger ein Abgeordneter. Am alten Landtag hatten das Zentrum und die Sozialdemokraten mit 37 Abgeordneten die Mehrheit. Die Staatspartei, deren Mitglied Kroll als Arbeitsminister der alten Regierung angehört, war offiziell an der heftigen Staatsregierung nicht mehr beteiligt. Am Ruder war diese Koalition durch die verschiedenen Wahlen hindurch mehr denn zehn Jahre.

Nach dem Wahlergebnis vom Sonntag wird sich die Mandatsverteilung wie folgt gestalten; die in Klammern beigefügten Zahlen zeigen die bisherige Zusammenfassung:

Sozialdemokraten	15	(24)
Zentrum	10	(13)
Kommunisten	10	(6)
Kommunistische Opposition	1	(—)
Deutsche Volkspartei	1	(7)
Staatspartei	1	(5)
Christlich-Soziale Volkspartei	1	(—)
Heftiges Landvolk	2	(9)
Deutschnationale Volkspartei	1	(3)
Sozialistische Arbeiterpartei	1	(—)
Nationalsozialisten	27	(—)

China wird Kaiserreich.

London, 16. November.

Die englische Nachrichtenagentur Reuters gibt Meldungen aus Peking wieder, wonach die bereits angekündigte Wei-

dererrichtung eines chinesischen Kaiserreiches noch im Laufe des heutigen Montags in Peking erfolgen soll. Unterstützt werde die Kaiserproklamation durch Japan. So soll auch ein japanischer Offizier den jungen Kaiser regerecht aus Peking an Bord eines japanischen Zerstörers entführen und nach Dairen gebracht haben, von wo dann Kaiser Hsuan Tung schleunigst nach Peking weitergefahren zu sein scheint. Von japanischer Seite wird allerdings dieser Darstellung widersprochen.

An der Nonni-Brücke ist der Kampf auch während des Wochenendes weitergegangen, nachdem der chinesische General Ma das ihm überreichte Ultimatum der Japaner abgelehnt hatte. Die Selbstbefestigungen der Truppen des Generals Ma erstreckten sich über 5 Kilometer und sind mit 20 Feldgeschützen, zahlreichen Minenwerfern und Maschinengewehren ausgestattet. Auf beiden Flügeln stehen starke Kanalarie-Batterien. Die Japaner haben aus dem Süd die Verstärkungen herangeschickt und bereiten offenbar den Sturm auf Tschitar vor.

Sollte Tschitar von den Japanern besetzt werden, dann würde damit der Konflikt die allgeringste Ausnahme annehmen, denn mit der Einnahme Tschitars durch die Japaner würde Peking direkt bedroht werden, weil dann dieser wichtige Punkt der ostchinesischen Eisenbahn, die gemeinsam von den Chinesen und Russen verwaltet wird, in die Hände der Japaner gelangen würde.

Der Leiter der russischen Außenpolitik, Litwinow, über gab dem japanischen Botschafter eine Erklärung zur Weiterleitung nach Tokio. Darin heißt es, mit dem Gefühl äußerster Bedauerns stelle die Sowjetregierung fest, daß japanische Militärkräfte Erfindungen über die Unverfügung dieses oder jenes chinesischen Generals durch Peking vertrieben.

Die Sowjetunion — so führt die Erklärung dann fort — macht die japanische Regierung auf diese gemeinschaftlich-japanische Kampagne aufmerksam, die gewisse Militärtruppen der Mandchurie systematisch durchzuführen und die die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion komplizieren. Die Regierung der Sowjetunion hält es im Zusammenhang damit für zeitgemäß, an die Versicherungen des japanischen Botschafters zu erinnern, daß die Interessen der Sowjetunion durch die Ereignisse in der Mandchurie keinerlei Schädigung erfahren werden.

Sie muß und so mehr daran erinnern, weil Informationen vorhanden sind, daß das japanische Kommando die Uebergründung der Pflichten im Bezirk Tschitar eine Ermahnung des Eisenbahndirektors vorbereitet, was der Sowjetunion materiellen Schaden zufügt. Die Sowjetregierung regnet damit, daß die Versicherungen, die die japanische Regierung abgegeben hat, in Kraft bleiben und nicht verletzt werden.

Der japanische Botschafter in Washington hat Staatssekretär Caffery erklärt, daß die japanischen Truppen am Brückenkopf des Nonni-Flusses einen etwaigen chinesischen Angriff abwehren würden. Während die japanischen Streitkräfte in dieser Gegend 2000 Mann betragen, seien dort etwa 20 000 Chinesen vertreten. Daß sich im Norden der Mandchurie russische Truppen befinden, hält der Botschafter für ausgeschlossen.

China und Japan protestieren in Genf

Genf, 16. November.

Japan und China haben an den Völkerbund Noten gesandt, in denen sie sich gegenzeitig illegale Handlungen beschuldigen. Japan wirft dem Völkerbundsekretariat nach vor, durch Verbreitung unrichtiger Berichte das beigetragen zu haben, die öffentlichen Meinungen „zu verwirren“.

Deutsch-französische Differenzpunkte.

Provisorium und Kreditfrage.

Berlin, 15. November.

In der gegenwärtigen Verhandlungsphase, soweit sie sich durch die letzte deutsche Forderungsumme kennzeichnen, spielen, wie zuverlässig verlautet, vor allem zwei deutsch-französische Differenzpunkte eine Rolle, und zwar wird von französischer Seite der Standpunkt vertreten, daß die jetzt zu treffende Regelung streng auf den Zeitabschnitt der gegenwärtigen Krise beschränkt bleibt. Ein Inkrafttreten des Youngplanes soll für den Fall erfolgen, daß eine Besserung der Lage eingetreten ist.

Das bedeutet also, daß die französische Regierung die letzte Regelung nur als ein Provisorium ansieht, nach dessen Ablauf die Verpflichtungen des Youngplanes wieder aufgenommen werden sollen, während auf deutscher Seite eine endgültige Regelung in Vorschlag gebracht worden ist. Da sich gezeigt hat, daß der Youngplan in seiner jetzigen Gestalt überhaupt nicht mehr für die Reparationsfrage brauchbar sein kann.

Die zweite Differenz liegt in der Auffassung über die Frage der kurzfristigen Kredite. Von französischer Seite wird anerkannt, daß eine Regelung der kurzfristigen Kredite erfolgen muß. Es wird jetzt darauf hingewiesen, daß in dem Katalog der kurzfristigen Kredite sich solche finden, die ohne weiteres zum Ausfall kommen müssen. Werden

diese faulen Kredite aus dem Gesamtrahmen herausgenommen, so würden, wie die Franzosen meinen, Mittel zu Reparationszahlungen frei.

Von deutscher Seite wird das mit Recht bestritten.

Außerdem sind die Schwierigkeiten bei der Aufzupaltung der Kredite ungeheurer Natur, und vor allem würde Deutschland durch eine solche Regelung wenn sie überhaupt möglich wäre, allerhöchsten Schaden im Hinblick auf seinen Auslandskredit erleiden. Ueber diese beiden Punkte wird Staatssekretär von Bülow bei seiner Anwesenheit in Paris mit den beteiligten französischen Stellen noch verhandeln. Dazu kommt dann weiterhin noch die Frage, ob neben dem Sachverständigenausschuß der VZJ, noch ein zweiter Ausschuß mit erweiterter Vollmacht eingesetzt werden soll.

Kein Geld von Frankreich.

Erklärungen Davals im Senat.

Paris, 15. November.

Vor den Staatsauschüssen für auswärtige Politik und Finanzen, die gemeinsam verankert waren, legte Daval Wert auf die Feststellung, daß er in Bezug auf die Frage der Reparationsfrage noch keinerlei Garantien übernehmen könne, bevor der Bericht der Sachverständigen nicht aufgestellt worden sei, deren Einberufung die Reichsregierung nun beantragt werden. Nach der Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands würden die beiden Regierungen in aller Offenheit und Freiheit ihre beiden Auffassungen miteinander vergleichen.

Frankreich denke jedenfalls nicht daran, in irgendeiner Form französische Geld nach Deutschland zu bringen. Außerdem würde die Summe, die Deutschland benötigte, derart hoch sein, daß man ansehend deutscherseits bereits jede Hoffnung auf eine Anleihe habe fallen lassen.

Vor Einberufung des VZJ-Ausschusses?

Paris, 16. November.

Wie man hört, hat sich der Stand der deutsch-französischen Verhandlungen wegen der Einberufung des im Young-Plan vorgeesehenen Beratenden Sonderausschusses nach der Besprechung Hoelchs mit Finanzminister Lalande nicht merklich geändert. Die deutsche Regierung gehe von dem Grundgedanken aus, daß nicht die Beratenden Sonderausschüsse, sondern diejenigen der Regierungen den Schlüsselpunkt unter die „europäischen“ Verhandlungen setzen müssen und werde deshalb sehr bald bei der VZJ die Einberufung der Sachverständigen beantragen. Nur noch die Abklärung der Form für die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses der VZJ, bilde Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen.

Reparationen und Kredite

Baldwin vor dem Unterhaus.

London, 14. November.

Am englischen Unterhaus sprach Baldwin über die finanzielle Lage Englands und auch Deutschlands. Die Konsequenzen über die Geldmangel bezeichne er als notwendig. Mit Bezug auf die Kriegsschulden und Reparationen erklärte Baldwin, die ganze Welt sei sich heute darüber klar, daß die Altmenen zusammengebrochen seien. Die durch Hoover eingeleitete Atempause reiche nicht aus. Die Zukunft ist ungerettet geblieben, der Vertreter der Regierung hat auf der Londoner Konferenz im vergangenen Juli erklärt, daß die Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse in Deutschland im Interesse der ganzen Welt liege.

London ist in hohem Maße beflügelt gewesen bei der Finanzierung Deutschlands, und hat es dadurch geschafft, Reparationen internationalen Handel fortzuführen und seine Reparationen zu zahlen. Diese finanziellen Fortschritte waren nicht spekulativ, sie stellten die beste Art von Sicherheit dar, die dem Markt bekannt war, und es ist klar, daß die Sicherheit für diese Verpflichtungen nicht durch politische Späßen gefährdet werden darf. Wenn dies Platz greifen würde, würde es Deutschlands Handelskredit zerstören, und wenn einmal Deutschlands Handelskredit zerstört wäre, würde es überhaupt keine Zukunftsaussichten auf Reparationen geben.

Verhandlungen des Wirtschaftsrats.

Latzfragen und Zinssetzung.

Berlin, 15. November.

Bei den bisherigen Beratungen des Wirtschaftsrats hat sich gezeigt, daß die bisherige Verhandlungsmethode nur dazu geführt hat, die Stellungnahme der einzelnen Mitglieder des Wirtschaftsrats zu präzisieren, die Formulierung von Leitfragen für ein Wirtschaftsprogramm wurde dabei jedoch nicht in dem gewünschten Maße gefördert.

Deshalb hat man sich zu einer Änderung der Verhandlungsmethoden entschlossen und es haben im besonderen der Reichsarbeitsminister Stegerwald und der Reichswirtschaftsminister Brüning Verhandlungen mit einzelnen Gruppen des Wirtschaftsrates angesetzt und dabei vornehmlich die Frage der Zinssetzung und der Ausföderung der Tarife erörtert.

Bei der Ausföderung der Tarife ist in Aussicht genommen eine Änderung der Tarifverträge inoffern, als diese

Verträge in Zukunft nicht mehr ein Gebot in dem bisherigen Umfang umfassen sollen, sondern es besteht die Absicht, diese Tarifverträge nach Branchen stärker einzugrenzen. Weiter spielt die Kündigungsklausel und die Feststellung gewisser Ausnahmefälle eine Rolle in dem Sinne, als unter Umständen der Betrieb eine untertarifliche Bezahlung zu gestatten werden soll, die bei der Billigkeit der Tarifhöhe nachweisbar mit Verlusten arbeiten müssen.

Die erste Kommissionsitzung.

Paris, 14. November.
Über den Verlauf der ersten Sitzung der Gemischten deutsch-französischen Kommission ist zu berichten, daß Ministerpräsident Caillaux in seiner Begrüßungsansprache an die Botschaften mit Reichskanzler Dr. Brüning anknuft und die Notwendigkeit betonte, zur Behebung der Weltwirtschaftskrisis zu einer Zusammenarbeit zu gelangen. Staatssekretär Dr. Treubenberg übertrug die Grüße des Reichskanzlers, der zur Mitarbeit in jeder Hinsicht bereit ist.

Die Pariser Ratstagung.

von Bülow, deutscher Delegationsführer.

Am Montagabend wird die deutsche Delegation für die im Sonntag in Paris unter dem Vorsitz von Briand beginnende Ratstagung über den Konflikt zwischen Japan und China in der Nord-Mandschurei Berlin verlassen.

Die deutsche Delegation steht unter der Leitung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, von Bülow, dessen enger Mitarbeiter in dieser Angelegenheit der Botschafter von Julius sein wird.

Bei der Mentalität der ostasiatischen Völker, in der der Begriff Zeit eine andere Rolle spielt, als bei uns, wird es erst nach sehr langwierigen Verhandlungen möglich sein, die Berufung im Fernen Osten wiederherzustellen. Angesichts dieser Tatsache ist es auch nicht möglich, daß Reichskanzler Brüning nach Paris geht, denn seine Arbeitskraft wird in Berlin benötigt. Staatssekretär von Bülow will gleichfalls nach einigen Tagen nach Berlin zurückkommen. Der wichtigste Punkt in der Mandschurei keine politischen, sondern nur wirtschaftlichen Interessen. Es besteht die Absicht, zu erreichen, daß das Ansehen der Kaiserkrone in dieser Affäre nicht Schaden nimmt, zumal sich jetzt wieder gezeigt hat, daß der Völkerverbund im wesentlichen auf die europäischen Staatsbegriffe eingestellt ist.

Deutsche Tageschau.

Winterhilfe der Privatlokomotiven.

Eine große Anzahl deutscher Privatlokomotiven und Kleinbahnen hat sich dem Vorgehen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in der Straßburger für Liebesgaben für die Winterhilfe angeschlossen. Es ist damit ein freiwilliger Liebesgabenverkehr für die Winterhilfe auf weiten Strecken auf dem Lande gewährleistet und die Herstellung von Liebesgabenstationen wie Kartoffeln, Brotgetreide usw. in kürzester Frist beginnt.

Veranstaltungsvorbehalt aus in Odenburg.

Wie das Odenburger Innenministerium mitteilt, hat es sich infolge der verschärferten schmerzlichen Zusammenhänge veranlaßt gesehen, für den freizeitlichen Odenburger Veranstaltungen und Aufzüge unter freiem Himmel zu verbieten. Außerdem sind die Polizeibehörden angewiesen, Personenfahrten auf Bahnhöfen, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken unternommen werden, bis auf weiteres zu verbieten.

Rundfunkzwischenfall in Frankfurt.

Bei der Übertragung von Tanzmusik aus einem Café erreichte sich in Frankfurt ein Zwischenfall. Mehrere Leute, die sich um das Mikrophon geordnet hatten, riefen plötzlich im Anschluß an ein Musikstück im Chor in das Mikrophon: „Wir sind Kommunisten! Für die Armen! Gegen die Reichs! Konfront!“ Der Sender wurde von dem Übertragungsbeamten sofort ausgeschaltet. Einer der Zwischenfaller konnte festgenommen werden.

Auslands-Rundschau.

Die Konferenz am Runden Tisch geendet?

London, 14. November. Einer Neuermüdung zufolge ist die Konferenz am Runden Tisch als geendet zu betrachten, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Hindus und Mohammedanern in nahezu dreimonatiger Verhandlung nicht ausgeglichen werden konnten.

Spanische Präsidentschaftswahl im Dezember?

Nach einer Erklärung des Außenministers Ferrero soll die Wahl des Präsidenten der Republik wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Dezember stattfinden. Sofort nach der Wahl werde die gegenwärtige Regierung zurücktreten. Ferrero rechnet damit, daß die neuen Parlamentswahlen im Sommer des kommenden Jahres stattfinden.

Droffung der Einwanderung nach USA.

Am September sind nur 1200 Personen nach den Vereinigten Staaten eingewandert, obwohl nach dem Gesetz 14 838 Personen hätten einwandern dürfen. Dies überraschende Zurückbleiben auf die strenge Durchführung der Bestimmung zurückzuführen, daß die Einwanderer der öffentlichen Armenpflege nicht zur Last fallen dürfen, und daher den Nachweis erbringen müssen, daß sie ausreichende Mittel für längere Zeit besitzen.

Neu politische Meldungen.

Müller-Juda 4. Der langjährige Zentrumsgesandte und Finanzlandespräsident des Reichstages, Richard Müller-Juda, ist im Alter von 80 Jahren gestorben.

Graf Romanones Verteidiger Alfons XIII. Graf Romanones erklärte, er werde in dem Verfahren gegen den König die Verteidigung übernehmen.

Aus der Umgegend

Nebrá, 16. November.

Bußtag.

Es war ein rechter Gebanke, den Menschen einen Tag im Jahre zu geben, an dem sie frei von allen Verpflichtungen und Aufgaben des Alltags einmal Gelegenheit haben, stille, innere Einsicht zu haben. Buße tun für Sündhaftes und Unethisches, und beten um Gutes und Barmherzigkeit, das ist für den Sinn dieses preußischen Buß- und Betages. Stille Einkehr — auch das äußere Gepräge dieses Tages ist darauf zugeschnitten. Still stehen die Häuser, aufgehört

hat für einen Tag der lärmige Kampf um das irdische Dasein. Singend und Betenden in den Hofen ist auf einen Tag verstummt, und das einzige, was die Stille dieses Bußtages durchbricht, ist der feierliche Ton der rufenden Glocke, der mahnenden Glocke, die uns da laden will: „Kommt und haltet Einsicht, denn auch ihr habet euren Gott etwas zu begehren.“ Wie heißt doch das Gebot des Bußtages? „Geht ein durch die enge Pforte; denn die Pforte ist weit, und der Weg ist breit, der zur Verdammnis abführt; und ihrer sind viel, die darauf wandeln. Und die Pforte ist enge, und der Weg ist schmal, der zum Leben führt, und wenige sind ihrer, die ihn finden.“ Auch wir sollen an jenem Bußtag durch die Pforte gehen, die uns frei macht, die uns den Weg zeigt, der zum Leben führt.

Menschen in schwarz verlassen die Gotteshäuser, ernst und gemessen, und ihre Schritte treten dem Friedhof zu, auf dem der eine oder andere Angehörige ruht, dessen Seele auch die Pforte gefunden hat, durch die man in das zweite Leben eingeht. Es ist zwar der letzte Sonntag des Kirchenjahres dem Gedenken unserer Toten gewidmet, aber der Bußtag bringt viele schon an die Gräber ihrer Lieben, weil sie an diesem Tage besser Einsicht und Ansehens halten können. Und diejenigen, denen das Glück beschieden ist, noch niemandem auf dem Friedhof zu wissen, der ihnen im Leben nahestand, auch sie sollen an diesem Tage stille Einsicht und ernstes Bedenken haben. Der Weg, der zum Leben führt ist sehr schmal, und wenige sind ihrer, die ihn finden!

Betr. Heilighaltung der Sonn- und Feiertage.

Der Buß- und Bettag steht vor der Tür, weshalb daran einernert sein möge, daß dieser Tag ein geistlicher Feiertag ist, an dem alle öffentlich bemerkbaren, ebenso alle geräuschvollen Arbeiten in Häusern und Betriebsstätten verboten sind. Zu diesen Verboten gehören insbesondere alle Feldarbeiten, öffentlich bemerkbare Handwerksarbeiten außerhalb und innerhalb der Werkstätten, die Arbeiten in Fabriken, der Betrieb der offenen Geschäfte, das mit Geräusch verbundene Fortschaffen von Sachen auf öffentlichen Straßen in geschlossenen Straßen, ebenso das Treiben von Vieh auf den öffentlichen Straßen und Plätzen geschlossener Ortschaften. Nur in dringenden Fällen sind Ausnahmen zugelassen, so z. B. bei Feuer- und Wassergefahr und andere Notfälle. Öffentliche Verkeimungen dürfen an Sonn- und Feiertagen nicht stattfinden. An den Vorabenden des ersten Weihnachts- und des ersten Oftertages, des Karfreitages und des Bußtages, sowie am Karfreitag, Bußtag und Totensonntag selbst dürfen öffentliche Tanzveranstaltungen, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten nicht veranstaltet werden. In den Spielstätten dürfen Lichtspiele und die von den Filmgenossen für künstlerisch oder volksbildend erklärten Filme gezeigt werden. Übertretungen der Bestimmungen werden nach § 36 Nr. 1 mit Geldstrafe bis zu 150 RM, oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. (Aus der Polizeiverordnung über die Heilighaltung der Sonn- und Feiertage vom 30. Oktober 1931.)

Sportvereine. Obwohl alle Mannschaften unserer Sportler am Sonntag ihren Sportdienst nach besten Kräften gepflegt hatten, zeigten sie sich am Abend im Saale des Schützenhauses froh und munter, galt es doch diesmal vor einem vollbesetzten Saale zu zeigen, wie im Verein praktisch gearbeitet wird, damit die Mannschaften diejenige Leistung erlangen, die zu einem ehrenvollen Siege Vorbereitung sind.

Im ersten Teil der Veranstaltung zeigte Herr Turn- und Sportlehrer Volze mit einer Schar Sportler Pyramiden, Freübungen und Bodenübungen. Im zweiten Teil wurde mehr auf die Trainingsarbeit unserer Vereinigung eingegangen. Herr Volze erklärte anhand von Vorführungen, das, was in der Vereinigung geleistet wird, wie Fußball, Gymnastik und Leichtathletik. Die gezeigten Vorführungen fanden großen Beifall. Anschließend wurde das Theaterstück „Der Sport siegt“ gegeben. Das heitere Stück mit erstem Hintergrund wurde von den beteiligten Personen schön gespielt. Die Spieler erzielten reichen Beifall. Nach dem Theater hielt eine wunderbare Stimmungstabelle der städtischen Musikschule Stein die Gäste noch längere Zeit bei froher Stimmung zusammen. Man darf sagen, es war ein wohlgeleiteter Abend.

Stadt-Vischspiele. Das Beste vom Besten sucht die Leitung unserer Tischspiele den Publikum zu bieten. Am Mittwoch (Bußtag) wird dies besonders der Fall sein, denn es steht der 100. Jahrestag: „Die Marquise von Pompadour“ auf dem Programm. Dieser Film — ein herrlicherer Schöner — ist ein Ausstattungsstück, der an Pracht alles bisher Dagewesene überstrahlt. Die Zeit Ludwig XV., deren Mittelpunkt die Marquise von Pompadour war, wird wiederbelebt, das Hofleben in Versailles geht an dem Auge des Zuschauers vorüber, und dieser Hinweis dürfte schon genügen, um zu erkennen, was für ein Glanz diesmal die weiße Wand beleben wird. — Daß dazu auch ein gutes Programm abgeleitet wird, sei nebenbei erwähnt.

Guter Ertrag im Kreisweiberg Carlsdorf a. U.

Als im Jahre 1927 das Zementwerk in Carlsdorf a. U. errichtet wurde, befürchteten die dortigen Weinbergbesitzer Schaden für ihre Anlagen. Die meisten früheren Weinberge in der Carlsdorfer Gegend waren ohnehin schon lange zu Dedland geworden. Da einflüßig sich der Kreisausfluß durch Anlage eines kleinen Mutterweibergs in der Nähe des Zementwerkes festzustellen, ob Rauch- und Kaltraub des Zementwerkes nachteiligen Einfluß auf die Entwicklung der Rebkulturen hätte. Darüber hinaus sollte die neue Weinberganlage Eigentümer früheren Weinberggeländes in den Gemarkungen Carlsdorf, Steigra, Weinsdorf, Spielberg, Niederstebitz und Nebra wieder zum Weinbau anregen. Auf dem von dem Zementwerk für zunächst 40 Jahre pachtweise zur Verfügung gestellten Gelände wurden im Frühjahr 1928 unter Leitung des Weinbauinspektors Hoffmann von der Weinbauverwaltung, Stb. Otho- und Gartenbau in Freyburg a. U. nach gründlicher Vorbereitung 2400 und 1929 550 Stück veredelte Reben gepflanzt, welche die Staatliche Weinbauverwaltung Naumburg a. S. lieferte. Die Pflanzen entwickelten sich sehr gut und bestanden schon im Vorjahr einen ersten Ertrag. Der Oktober 1931 brachte die erste, trotz für den Weinbau nicht günstigen Witterungsverhältnisse sehr gute Ernte, nämlich über 53 Zentner Trauben, die im Kellerbetrieb der Weinbauverwaltung in Freyburg Verwertung zu Wein finden. Schädliche Einwirkungen des Zementwerkes sind bisher in der Kreisweibergsanlage nicht festgestellt worden. Der weitere Zweck des Kreisweibergs ist dadurch schon jetzt zum Teil erfüllt, daß sich eine Reihe von früheren Weinbergbesitzern zur Neuanlage entschlossen haben.

Wenn auch jetzt noch nicht genaue Rentabilitätsberechnungen über die Neuanlage angestellt werden können, so bemerken doch die beschriebenen Ertragsverhältnisse, daß auch an den nächsten der Anfrucht in der Gegend zwischen Nebra und Carlsdorf bei Bewertung aller neuzeitlichen Erfahrungen in der Weinbauwirtschaft Erträge zu erzielen sind. Es ist daher zu hoffen, daß noch weitere Besitzer umgepflanzter Rebberge neue Anpflanzungen vornehmen, zumal der Anfrucht-Wein in den letzten Jahren nie an Abgang gelitten hat und alljährlich neue Freunde gewinnt.

— Weihnachtspakete. Es empfiehlt sich, Weihnachtspakete nach überfälligen Sendungen schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Versandung an die Empfänger gesichert ist.

— Einfuhrverbot für Butter und Fleischkonzerne nach dem Saargebiet. Die Hofverwaltung des Saargebiets teilt mit, daß wegen Ueberführung der zugehörigen Kontingente die Einfuhr von Butter und Fleischkonzerne in das Saargebiet mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres verboten ist.

Sangerhausen. Getreidefirma in Konturs. — Über die Getreidefirma J. G. Hoelz & Söhne ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Den vier Inhabern der Firma ist der Offenbarungseid abgenommen worden.

Riesdorfhausen (Kr. Sangerhausen). Durch ein Schadenfeuer eingeeicht wurden die Scheunen und Stallungen des Landwirts Albin Waldner mit sämtlichen Getreidevorräten, zahlreichen landwirtschaftlichen Maschinen und einem Personenauto. Das Wohnhaus und das angrenzende Grundstück konnten vor dem Feuer bewahrt werden. Auch das Vieh konnte in Sicherheit gebracht werden. Bei den Bergungsarbeiten wurde der Arbeiter Fritz M. B. 11. 1. 1931 erheblich verletzt. Man nimmt an, das der Brand angelegt worden ist.

Bad Kösen. Bereits vor einiger Zeit hatte der Besitzer eines Hotels seine Räume bei Nacht und Nebel verlassen und sie der Stadtbauerei zur Verfügung gestellt. Nunmehr wird eines der größten Bad Kösen Hotels, das „Hotel Kurgarten“, zur Zwangsversteigerung kommen.

Weißfels. Das Holzpreiduum teilt mit: „Seit einigen Monaten erhebt in vielen deutschen Tageszeitungen folgende Angabe: „Der Wert der Reichswälder an Vermittlungsstellen des Reichswaldamtes beträgt 170“. Die Ermittlungen haben ergeben, daß es sich hier um ein auf reiner Gewinn suchendes aufgekauftes Unternehmen handelt, das wieder beauftragt, noch in der Lage ist, irdendeckende Vermittlungen zu machen. Wäre dies ein Bewerber an das „Vermittlungsamt“, so erhielt er eine Aufnahmeprotokolle 2.20 Mark, die nichts weiter als die Einleitungsbedingungen enthält, die feststehen durch jede Reichswaldinformation zu erhalten sind. Gegen den Inhaber des „Vermittlungsamtes“, den Kaufmann P. von hier, ist ein Strafverfahren wegen Betrugs eingeleitet.“

Weißfels. Untgetreuer Kassierer. — Eine Kontrolle der Kassenverhältnisse des Gartenvereins Feiler Straße ergab, daß der Kassierer die Mitglieder um 200 M. geprellt hatte.

Halle. Der in der Morbide Bauer in Unterluchungshaus befindliche Inspektor Zinke ist vom Vermittlungsamt erneut eingehend vernommen worden. Zinke hat nach immer kein Geständnis abgelegt. Die Staatsanwaltschaft hat gerichtliche Voruntersuchung beantragt. Die Regierung von Merseburg hat inwieweit die für die Ergreifung des Märders ausgelegte Belohnung von 300 auf 600 Mark erhöht. Die Frau des Ermordeten hat eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Hohenmölsen (Landkr. Weißfels). Auf den früheren Hohenmölsener Bürgermeister August aus Zehle, der in Hohenmölsen bei einem Verkehrsunfall am 1. August 1931 verunglückt ist, wurde ein Verhaftungsbefehl erlassen. Der Verhaftungsbefehl ist sehr schnell, den Täter in dem hauseigenen Busch des Galtshaus „Deutsches Haus“ zu ermitteln und festzunehmen. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht bekannt.

Tarhan (Kr. Mansfeld). In der Bobberturten. — Auf tragische Weise kam der Gehring Zimmermann aus Leben. Er war nach Egel gefahren, um aus der Wohnung einige Möbelstücke zu holen. Auf dem Rückwege stürzte er mit dem Kinde in die Bode und ertrank. Der tödlich Verunglückte war das einzige Kind seiner Eltern.

Renden (Kr. Zeitz). In nähen Prosen brach in der Scheune des Gutsherrn Alfred R. ein Feuer aus, das sehr schnell um sich griff. Die Feuerwehren konnten nicht verhindern, daß die Scheune mit sämtlichen Erntevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen ein Raub der Flammen wurde. Man vermutet Brandstiftung und wird in dieser Annahme bestärkt durch einen Prosbrief, den Herr Zimmermann vor einigen Tagen erhielt und in dem ihm mitgeteilt wurde, daß in nächster Zeit seine Scheune abzubrennen werde.

Bitterfeld. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier bei Arbeiten an der Starckleitung der S. a. r. f. b. f. Während der Arbeiten, die von den Monteuren Sippold aus Bitterfeld und Botke aus Mamlin vorgenommen wurden, rutschte plötzlich die Leiter ab, auf der beide standen. Die Monteure gerieten dabei in die Starckleitung der Überlandwerke, wobei Botke getötet und Sippold schwer verletzt wurde. Die Starckleitung der S. a. r. f. b. f. an der gearbeitet wurde, war zu der Zeit frorenlos.

Schönebeck. Am Freitagabend kam es hier nach einer nationalsozialistischen Versammlung wieder zu Unruhen. Die Polizei war genötigt, die Straßen mit dem Gummiknüppel zu räumen. Nach Schluß der Versammlung wurden die auswärtigen Teilnehmer von SA-Leuten in ihre Ortschaften zurückgebracht. Dabei wurde auf der Rückfahrt von Helgeleben ein Schönebecker SA-Mann von politisch Andersdenkenden überfallen und mit einem Messer gestochen. Der Täter soll erkannt sein.

Elenburg. Das 10 Jahre alte Kind des Arbeiters Bräje molle in der Nähe der Kaffeehaus-Allee die Straße überqueren und lief dabei in eine Kraftfahrzeugschleife hinein. Es wurde angefahren und mit einem Schädelbruch und einer Gehirnerschütterung dem Kroatenspaar zugeführt.

Elenburg. Seit Anfang dieser Woche ist die 19 Jahre alte Tochter des Lehrers Eichardt verstorben. Das junge Mädchen ist nersehlend, und es wird angenommen, daß es umbringt.

Wedlich (Kr. Bernburg). Ein Jagdhubermeister hörte in der Nacht Schüsse fallen und ging ihnen nach. Er konnte drei Schützen, die mit einer Taschenlampe und Gewehren Jagd auf Fasanen machten, fassen. Beim Anruf des Feldhubers ergreifen sie die Flucht. Der Beamte schloß darauf hinter ihnen her. Einer der Wilderer wurde getroffen und

im Gesicht und am Arm verletzt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Alle drei flammen aus Nürnberg und sind als Wilderer bekannt.

Danneberg (Kr. Gerdlehen). Der wegen des Dannefelder Wobes im Stendaler Gerichtsgefängnis untergebrachte 25jährige Paul Walschinski ist vom Untersuchungsrichter eingehend vernommen worden. Er gab an, er habe den Vorfall gehabt, sich auf dem Hof des Wäfflers Schulz mit einem Knüttel zu betätigen, in der Wohnung empfindlichen Schweiß, noch zweimal zugeflogen haben, ihm die Schlüssel zum Geldschrank zu nehmen, das Geld zu rauben und zu fliehen. Er will um 18.15 Uhr den Hof betreten haben, in der dunklen Küche an der Bodentreppe sich verdeckt und auf Schulz, der bald darauf eingetreten sei, eingeschlagen haben. Nach dem ersten Schlag soll Schulz auf ihn zugekommen sein und gefragt haben, wer da sei. Darauf will er, der Wilderer, noch zweimal zugeflogen haben. Schulz sei dann umgefallen und vor ihm in die Wolltülle auf das Bett gelegt worden. Dann habe er das Geld geraubt. Er hätte nicht die Absicht gehabt, Schulz zu töten.

Magdeburg. Der Polizeipräsident hat an die Leitung der Magdeburger Nationalsozialisten folgende Beroarnung gerichtet:

„In letzter Zeit sind wiederholt im Anschluß an öffentliche Versammlungen der NSDAP Schändereien vorgekommen, bei denen fast durchweg NS-Angehörige (es werden einige Namen genannt) beteiligt gewesen sind. Diese Tüdel haben gezeigt, daß die NSDAP ihre Anhänger nicht durchweg in der Hand hat und nicht darauf hinwirken kann, daß ein friedliches Auseinandergehen ihrer Anhänger nach Verhältnismäßigkeiten unbedingt gewährleistet ist. Sollten derartige Vorfälle sich wiederholen, so würde ich von weiteren nicht in der Lage sein, öffentliche Versammlungen der NSDAP zu genehmigen zu können.

Ich glaube, daß diese Warnung genügt, um Ihre Anhänger von Unbesonnenheiten und Reibereien mit politisch Andersdenkenden fernzuhalten.“

Schönebeck. Der Regierungspräsident in Magdeburg hat dem Schönbach Schönbach, Bad Salzungen in und für die Mittelklasse zugehen lassen, daß er sich mit allen Kräften für die Bereinigung der drei Gemeinden ansetzen werde, da der Zusammenfluß wesentliche Ersparnisse zur Folge haben werde. Der Regierungspräsident hat den Inneministerium bereits gebeten, einen Beschluß des Staatsministeriums herbeizuführen. Die drei Gemeinden, deren Zusammenfluß wegen ihrer fauligrophen Finanzlage für die Nation notwendig gewesen wäre, werden aufgegeben, bis zum 28. November in diesem Sinne schließlich zu werden und einen neuen Namen für die fünfjährige Großgemeinde in Vorschlag zu bringen.

Burg. Reichswirtschaftsminister. — In der Nähe von Burg führt ein mit der Reichswirtschaftsminister belegtes Auto, das ins Schleudern geraten war, gegen einen Baum. Dabei erprobte der Benzintank. Alle drei Insassen wurden verletzt. Das Auto brannte völlig aus.

Langerhütte. Im nahen Dölle ereignete sich beim Tanzen ein Unfall. Das Dampfen spritzte vorbei und entzündete sich an der Motordecke des Motors. Am Abend fuhr der Fahrer, Sojus und Motorrad in Flammen. Durch die Geistesgegenwart von Nachbarn, das das Feuer sofort mit Wasser gelöscht. konnte ein größeres Unglück verhütet werden. Die beiden Fahrer erlitten nur leichtere Brandwunden.

Neues aus aller Welt.

Sühne für eine Unflut. Der Zimmermann Karl Kling und der Dienstreifer Josef Dresbach wurden vom Schwurgericht in Düsseldorf zu je sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die beiden Verurteilten hatten in der Nacht zum 25. Juli 1931 verurteilt an einer Kiesbaggerei im schändlichen Bereich und Hilden Kohlen zu hehlen. Dabei wurden sie von dem 33-jährigen Nachwächter der Baggerei überfallen. Dresbach gab einen Schlag aus seiner Pistole ab, der den Nachwächter tödlich traf.

Politische Brut? Der Jungnationalsozialist Wiese, der erst kürzlich von seinem Vater aus der Fremdenlegion ausgetrieben worden war, wurde in Goetheby bei Gerdlehen von dem Knüttel-Jeppeper nach kurzem Wortwechsel niedergeschlagen. Wiese liegt schwerverletzt im Krankenhaus. An seinem Aufkommen wird gemittelt. Joppeper wurde verhaftet. Man nimmt an, daß die Tat auf politische Motive zurückzuführen ist.

Drei Personen von einem Auto erfaßt. In Hildingenhausen (Westfalen) begegnete ein Landwirt, seine Frau und sein Kind, die sich auf dem Heimweg befanden, zwei Automobilen, von denen das eine nicht abgehend hatte. Vom Scheinwerferlicht wurden die Leute so geblendet, daß sie alle drei vom Wege abtraten und überfahren wurden. Ein Sanitätswagen brachte die Familie nach Witten ins Krankenhaus, wo der Mann gestorben ist. Die Frau und ihr siebenjähriger Sohn liegen in bedenklichem Zustand darüber.

Beim Entladen einer Pistole erschossen. In Hamburg ging ein Werkmittel des Jugendgenossenschafts, der eine ihm von einem Strafanstaltsarztmeister nach Schluß des Dienstes übergebene Pistole entladen wollte, dabei so unvorsichtig zu Werke, daß sich ein Schuß löste. Das Geschloß traf den im Zimmer anwesenden Anstaltsarztmeister Schand in den Unterarm. Schand erlag der Verletzung, ehe seine Überführung in ein Krankenhaus erfolgen konnte.

Achtzehn Mann des „Georgios“ verloren. Nach mehrjähriger Fahrt kehrte der Schlepper „Georgios“ wieder in seinen Heimathafen Brest zurück, nachdem er vergeblich in der Seenot geratenen Dampfer „Georgios“ gesucht hatte, den ein anderer Schlepper gesichtet hatte. Man muß annehmen, daß die restlichen 18 Mann der Besatzung des „Georgios“, die von diesem Schlepper nicht gerettet werden konnten, ungenommen sind.

Ertragliche Folgen einer Unvorsichtigkeit. Während der Fahrt gerieten zwei junge Arbeiter aus Saitowitz die Scheibe eines Eisenbahnwagens. Aus Angst vor der Entdeckung sprangen sie aus dem fahrenden Zuge. Einer wurde von den Rädern erfaßt und getötet, während der andere mit schweren Verletzungen auf dem Gleisen liegen blieb und erst mehrere Stunden später gefunden wurde.

Geofjeuer in Brüssel. Bis bisher unbekannter Ursache brach in einer Bäckerei in Brüssel Großfeuer aus. Zwei Frauen, denen der Weg ins Freie durch die Flamme versperrt war, hielten sich in ihrer Verzweiflung an dem zweiten Stockwerk auf die Straße. Inseglant mußten fünf Personen ins Krankenhaus geschafft werden, von denen drei ihren Verletzungen erliegen sind.

Zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Zu zehn Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt das Schwurgericht in Coblenz den schwerfingerrichtigen Arbeiter Martin Schlegel aus Ludwigshafen (Obfr.). Schlegel hatte in angetrunkenem Zustande im Juni d. J. seine Familie und die Gäste eines Gasthauses mit Erschießen bedroht. Als die Polizei ihn festnehmen wollte, stürzte er in seine Wohnung und empfang die Polizeibeamten mit Revolvergeschüssen, wobei der Gardenermeister Zent einen tödlichen Kopfschuß erlitt.

Eisenbahnunglück in Polen. Zwei Eisenbahnübergänge sind bei Kulinio im westlichen Kongreßpolen ineinandergefahren. Zwei Personen wurden verletzt, fünf Eisenbahnwaggons sind zerrümmert.

Kulturelle Not.

Bis zu fünfzig Prozent Absätze bei der Wissenschaft.

Berlin, 15. November.

Die gewaltige Finanznot wird sich in den nächsten Tagen des Reichs und der Länder heftiger bemerkbar machen. Die kulturelle Not ist sehr groß bei den Ausgaben für die Wissenschaft und für kulturelle Zwecke bemerkbar. Aus den Verhandlungen zwischen preussischem Kultus- und Finanzministerium ist der preussische Kultur-Etat für 1932 mit ganz erheblichen Abschnitten hervorgegangen.

Um an einem Beispiel zu zeigen, wie stark die Kürzungen sein sollen, sei darauf hingewiesen, daß der Staatszuschuß für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, eine der herangezogenen deutschen wissenschaftlichen Organisationen, mit großen Fortschrittsinstituten von 500 000 auf 250 000 M. herabgesetzt werden soll. Starke Absätze werden auch die Ausgaben für Universitäten und andere wissenschaftliche sowie kulturelle Zwecke erfahren. Insbesondere leiden unter der Finanznot die wissenschaftlichen Hilfsfonds des Kultusministeriums, aus denen Zuschüsse für wissenschaftliche Zwecke gewährt werden. Bei ihnen sind Kürzungen um teilweise 50 Prozent erfolgt.

Einfuhrverbot für Weihnachtsbäume.

Nach der Verordnung zur Verhütung der Einschleppung von Krankheiten der Nadelholzpflanzen vom 8. Juni 1930 ist die Einfuhr von Tannen, Fichten- und Kiefernpflanzen sowie von Teilen solcher Pflanzen, wie Weihnachtsbäumen, im Begriffe vollzogen. Die Einfuhr von Weihnachtsbäumen war im Vorjahr jedoch ausnahmsweise von Fall zu Fall zugelassen worden, da die Kaufverträge über Beschaffung von Weihnachtsbäumen z. T. schon abgeschlossen waren, bevor die Verordnung erlassen wurde. Die zuständigen Regierungsstellen nunmehr mitteilen, muß das Verbot in Zukunft streng durchgeführt werden.

Für Thüringen und den Harz, die Biederanten von Weihnachtsbäumen, ist dieses Einfuhrverbot von großer Wichtigkeit, da es den heimischen Markt schließt.

Die Feiertage bei der Reichsbahn.

Entscheidung des Reichsgerichts.

Leipzig, 16. November.

Wie verlautet, hat das Reichsgericht die Klage der wäfflichen Eisenbahner gegen die Einführung der Feiertage bei der Reichsbahn mit der Begründung abgewiesen, die Verträge zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den Eisenbahnergewerkschaften enthielten keine Bestimmung gegen die Einsetzung von Feiertagen. Finanziell handelt es sich bei der Klage um Millionenbeträge.

Die Regierungsvorlage über ein Zugabeverbot.

Der Reichsausschuß für das Zugabeverbot nimmt zu dem von der Reichsregierung veröffentlichten Entwurf über die Bekämpfung von Zugabeverboten in den grundsätzlichen Fragen keineswegs den Wünschen der Zugabegegner. Von zahlreichen nachsichtbaren Stellen sei immer wieder darauf hingewiesen worden, daß nur eine Regelung, die lediglich Reklamierartikel ohne eigenen Verbrauch- oder Gebrauchswert ausnehme, den Forderungen gerecht werden könne. Das Zugabeverbot würde auch dann keine- erteilung der Reichsbahn im Gefolge haben, denn in der Regel stellen sowohl Hauptartikel als auch Zugabegüter Gegenstände des täglichen Gebrauchs dar, die dann auf dem normalen Wege über den Einzelhandel an den Verbraucher gelangen dürfen.

Verbrechertum ausgehoben.

Nach umfassenden Fahndungsmaßnahmen wurden in Köln mehrere Personen verhaftet, die einer gefährlicheren Einbrecherbande angehören. Sie haben bereits ein Geständnis abgelegt, allein in Düsseldorf sieben Einbruchsdiebstähle begangen zu haben. Außerdem haben sie in Wermelskirchen Rheinb., Guxhagen, Benger, Eberfeld und Honnef Einbruchsdiebstähle verübt. Man vermutet, daß ihnen zahlreiche weitere Einbruchsdiebstähle zur Last zu legen sind.

Die Einbrecher benötigen für ihre Diebstähle stets Personalkraftwagen, die sie stehlen und hernach heranzustellen. Sie gingen mit unerhörter Rücksichtslosigkeit vor und stahlen auf jeden, der sich ihnen in den Weg stellte. So hat einer der festgenommenen Räuber bei Hagen einen Sachverstoß erlitten, der die Einbrecher auf früherer Zeit übertrug. In Hagen soll ein Diebstahl von 77 Schafen aus einem alten Ehepaar überfallen und schwer verlegt. In einem anderen Falle stahlen sie einen Patienten nieder, der bei dem Diebstahl eines Kraftwagens hatte verhindern wollen.

Personenzug fährt in eine Schafherde.

Kassel, 16. November. Ein Personenzug fuhr auf der Strecke Kassel-Bebra in eine große Schafherde hinein, die aus ihrem Weide ausgebrochen war und in dichten Massen über die Eisenbahngleise drängte. 77 Schafe wurden getötet. Der Zug erlitt 10 Minuten Verspätung.

Deutsch-russische Kommissionen.

Berlin, 16. November.

Amlich wird mitgeteilt: Ausgehend von dem Wunsche, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu erweitern, sind die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen aufgenommen worden. Für die Erörterung und Ausarbeitung der erforderlichen Maßnahmen sind drei Kommissionen gebildet worden:

1. eine Kommission für landwirtschaftliche Waren,
2. eine Kommission für nichtlandwirtschaftliche Waren,

3. eine Kommission für Spezialfragen.

Die Arbeiten in den Kommissionen werden unermüdetlich aufgenommen werden.

Vertrauen und Zuversicht.

Die Beruhigung des Publikums hat erhebliche Fortschritte gemacht. Die Einschaltungen bei den Sparkassen und Banken bewegen sich wieder in aufsteigender Linie, und die Abschlüsse haben nachgelassen. Einschaltungsüberfälle werden immer zahlreicher, und es scheint lo, als ob die Sparkassen sich allmählich klar werden über den Anwin, den sie mit dem Geldbanken begeben.

Die ständigen einmütigen Beterungen aller amtlichen und Regierungsstellen und der Verbände und Parteien der Nichtigungen, daß sie eine Inflation unter allen Umständen ablehnen, haben das Vertrauen in die deutsche Währung weiter gestärkt. Ebenso hat auch die Tatsache, daß der Zahlungsverkehr nun schon seit Monaten sich wieder reibungslos vollzieht, die allgemeine Stimmung wesentlich verbessert.

So schwer auch gegenwärtig die wirtschaftliche Not ist, ist es nicht berechtigt, alles nur schwarz in schwarz zu sehen. Manche Gründe lassen es berechtigt erscheinen, daß wir zu verlässlicher in die Zukunft sehen können. Z. B. ist im technischen Ausbau unserer Industrie und im Wohnungsbau eine gewisse Sättigung erreicht, so daß der von diesen beiden Seiten bisher sich geltend machende Kapitalbedarf nachläßt. Der Aufwandsbedarf während erleichtert deutlich die Abtragung der Last seiner Auslandsschulden. Der Geburtenausfall während des Krieges wirkt sich in den nächsten Jahren in einer Ersparnis des Arbeitsmarktes aus.

Die Aussichten sind also nicht so schlecht, wie es vielen scheint. Wenn wir Vertrauen haben — und wir dürfen es haben — und wenn wir wie bisher den Weg der Wirtschaft, um immer tiefer in die Zukunft gehen, dann werden die Wirtschaftskräfte der Gegenwart, Arbeitslosigkeit und Einkommensrückgang, schneller als viele glauben, überwunden werden.

Gewerkschaftsverhandlung am 13. November 1931.

Der Amtspräsident Meißner, als Schlichter, Vertreter der Staatsanwaltschaft Justizreferent Zehle; Protokollführer Justizangestellter Schiller, sämtlich in Bebra a. L.

Vorgeführt vom Oberlandesgericht Wiesbaden wurden die Arbeiter Karl Seine und Hermann Lange, beide aus Bebra a. L. Sie werden beschuldigt des Widerstandes gegen einen Fortbeweis und des Fahrens wider Kennzeichen. Am Mittwoch, dem 11. November, wurden die Angeklagten in der für Kirchscheidungen von dem Richter Böhm aus Burglöhningen beim Freizeiten betroffen. Auf seine Aufforderung hin, ihre Personalien anzugeben, verweigerten sie ihm diesbezüglich und beschloß und beilegte ihn mit den Worten: „Kommst Du ran, Du Lats, schlage ich Dir den Schädel kaputt!“ Auch bedrohten sie ihn mit einem Knüttel mit den Worten: „Ich schlage Dir den Schädel ein!“ Die Angeklagten sind zum Teil geltändig, wollen jedoch erst durch das Auftreten des Richters dazu gezeit worden sein, eine drohende Haltung gegen ihn anzunehmen. Die Anwälte wollten sie nicht gebraucht haben und auch den Richter nicht mit dem Knüttel bedroht haben. Das Gericht ließ die beiden Arbeiter durchaus vollen Glauben und verurteilte die beiden Angeklagten zu je Monaten Gefängnis wegen des Widerstandes und zu einer Wode Haft wegen des Freizeitens. Weiter wurden den Angeklagten die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Spiel und Sport.

Nebrar Sportvereinigung 1924.

- N.S.B. 24. 1. Herren — Klosterhülle-Nobelen 1. Herren 4:1 (8:0)
- N.S.B. 24. 2. Herren — Turnverein Bottenndt 2. Herren 6:2 (4:1)
- N.S.B. 24. 3. Herren — F.C. Freiburg 3. Herren (ausgefallen)
- N.S.B. 24. Juwend — Klosterhülle Nobelen Jugend 1:0 (0:0)
- N.S.B. 24. Schüler — Turnverein Bottenndt Schüler 8:0 (1:0)

Die am vergangenen Sonntag ausgetragenen Freundschaftsspiele wurden gewonnen. Im Spiel der 1. Herren hatten wir gegen die Klosterhüller, trotz 4 Mann Ehrloses, immer ein kleines Plus und gewonnen schließlich verdient in dieser Höhe. Die Schüler zeigten gegen das letzte Spiel wieder eine leichte Formverbesserung und werden wohl auch in Zukunft ihre laubere, faire Spielweise noch öfters unter Beweis stellen. Im Spiel der 2. Herrenmannschaften waren wir den Turnern von Bottenndt leicht überlegen. Der Sieg ist durchaus verdient. Die 2. Tore, die die Gäste schossen, konnten allerdings auch verhindert werden, wenn die Hintermannschaft nicht den Fehler beging, das Überlegenheit lo weit aufzurufen bzw. das Tor zu verfallen. Die 3. Mannschaft blieb ohne Gegner, da es Freiburg vorzog, nicht zu erscheinen. Unsere Jugend sicherte sich ebenfalls die Jugendmannschaft der Klosterhülle Nobelen einen knappen 1:0-Sieg. Beide Mannschaften waren sich gleichmächtig, die glücklicher gewann schließlich. Die Schülermannschaft traf auf einen sehr schweren Gegner. Die Gäste von Bottenndt zeigten ein ganz annehmbares Spiel. Unsere Schülermannschaft, die wiederum nicht voll antrat, hatte alle Hände voll zu tun, um die Gäste 3:0 geschlagen heimzuführen zu können.

Wichtig sind folgende Spiele statt:

- 1. Herren — Epp. Borussia 02 Halle-Sonne in Halle a. S.
- 2. Herren — F.C. 96 Halle-Amioren (Vorwettbewerb) in Halle
- 3. Herren — F.C. 96 Halle-Amioren in Halle
- Jugend — F.C. 96 Halle-Amioren in Halle
- Schüler — F.C. 96 Halle-Amioren in Halle

Kirchliche Nachrichten.

Beiß und Bettag, Mittwoch, den 18. November.

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt über Röm. 2, 8. 4.)
Kleber: 213 (140), 361 (261), 227 (145).
Anschließend: Beiß und H. Abendmahl. Anmeldungen am Dienstag erbeten.

Die nächste Nummer des „Nebrar Anzeiger“ erscheint des Nachts wegen am Donnerstag nachmittag. — Anzeigen für diese Ausgabe müssen bis Mittwoch nachmittag eingeleitet werden.

Karl von Clausewitz.

Die Kriege Napoleons I., die über ganz Europa hinfegbrauten, hatten für die Methoden der Kriegsführung derartig umwälzende Neuerungen gezeigt, daß alle Staaten gezwungen waren, ihre Heere neu zu organisieren, und es war nur zu erklärlich, wenn ein scharfer militärisch geschulter Denker über die Ursachen der napoleonischen Erfolge nachdachte und schließlich überhaupt einmal den Grundgedanken der Kriegsführung nachspürte.

Breufen hatte das Glück, den vielleicht genialsten Kriegstheoretiker sein eigen zu nennen. Es war der General Karl von Clausewitz, der in seinen Büchern „Vom Kriege“ geradezu eine Philosophie der Kriegsführung geschrieben hat. Scharnhorst hatte die Fähigkeiten von Clausewitz entdeckt, Osteinenau war der Freund dieses Mannes, der so beständlich seinen militärwissenschaftlichen Forschungen lebte.

Es lohnt sich auch für den Laien, einmal die Werke dieses Mannes näher zu betrachten und nicht nur der einen Satz aus dem Wissenschaft der Kriegsführung: „Der Krieg ist die fortgesetzte Staatspolitik mit anderen Mitteln“ zu zitieren, der schon ein geflügeltes Wort geworden ist.

Man kann getrost sagen, daß man ohne Kenntnis der Clausewitzschen Theorien in das Verständnis kriegerischer Vorgänge gar nicht eindringen kann. Das Volk kennt im allgemeinen nur die großen Heldenfiguren und Schlachtenführer, und es achtet gar nicht, daß gerade der Einfluß der Kriegstheorien von Clausewitz die Generalführer und Heerführer herangebildet hat, die 1864, 1866 und 1870/71 Preußens und des deutschen Heeres Ruhm begründeten. Wie Diebitsch und Osteinenau wurde auch Clausewitz ein Opfer der Choleraepidemie des Jahres 1831. Nach kurzen Krankenlagern starb er am 16. November 1831 in Breslau, und hinterließ keine anderen Kinder als seine unsterblichen Werke, die von seiner Witwe mit großer Sorgfalt herausgegeben wurden.

13 Jahre Stahlhelm.

Magdeburg, 16. November.

Auf einer Zusammenkunft zum Gedächtnis der vor 13 Jahren erfolgten Gründung des Stahlhelms hielt Erster Bundesführer Franz Seidie in Magdeburg eine Rede, in der er u. a. ausführte: In einer Zeit, die das Unterste zu oberst lehrt und neuartige Freiheit und Politik in alle Kreise des Lebens hineintragen wollte, mußte von vornherein die Gründung eines Frontkämpferbundes, einer Selbstschutzorganisation, eine politische sein. Heute dürfe der Stahlhelm sagen, daß der Bund sich in seinen Zielen, seinem Wesen und in seiner Arbeit nicht zu ändern oder umzufüllen brauchte. Allerdings habe man die Kampfmethoden und das Kampffeld monoton wechseln müssen. Der Stahlhelm habe sich im ersten Zuge an nach Weggefährten, Mitkämpfern umgeben. Wenn jetzt nach dreizehn Jahren, zu Harzburg eine nationale Opposition aufmarschieren konnte, so sei dieses Einigungswert Hauptverdienst der selbstlosen Arbeit des Stahlhelms. Auf die Vorteile einer Parteibildung verzichte der Stahlhelm. Er fordere aber als politische Wehrbund Gleichberechtigung bei der Machtverteilung, Rabinetsbildungen und bei der Reichspräsidentenwahl. Die Rede schloß mit der Versicherung, daß der Stahlhelm weder politischen noch überempfindlichen, sondern überzeugenden wolle.

Heimkehr ohne Führer.

Der Empfang der Wegener-Expedition.

Ropenhangen, 14. November.

Der Dampfer „Hans Egede“ traf, aus Grönland kommend, mit den Mitnehmern der deutschen Wegener- und der englischen Martins-Expedition an Bord hier ein. Zum Empfang hatten sich u. a. ein- und ausgehende Vertreter der königlichen Grönlandverwaltung, die dänischen Grönlandforscher Lange Koch und Knud Rasmussen, der deutsche Geländeforscher Freiherr von Richthofen, die Witwe Alfred Wegeners und zwei Mitglieder der Expedition, Dr. George und Dr. Sorge, die bereits früher aus Grönland zurückgekehrt sind.

Nach der Ankunft des Dampfers hielt Staatsminister Stanning eine Rede, in der er vor allem der Fortschrittsfertigkeit Professor Wegeners großes Lob und ehrende Anerkennung schickte. Nach ihm sprachen der ehemalige preussische Kultusminister Schmidt-Ott und der englische Geschäftsträger.

Polizeibeamter bei Zusammenstößen getötet.

Worms, 16. November.

Zwischen Anhängern der KPD und Polizei kam es in Worms bei einem Zusammenstoß, bei dem ein Polizeibeamter durch einen Schlag ins Herz getötet wurde. Der Täter wurde von einem anderen Polizeibeamten durch zwei Schüsse kampfunfähig gemacht.

Neue Weisung aus Moskau.

Berlin, 15. November.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Partei in Moskau hat auf Grund sehr eingehender Beratungen an die Exekutiven in den einzelnen Staaten neue Weisungen herausgegeben lassen. Der unmittelbare Anlaß für die Aenderung der kommunistischen Kampftaktik, die aus diesen Weisungen spricht, wird verständlich aus der Zeugung Molotows, daß für Rußland zurzeit neue ausländische Kredite viel wichtiger seien als irgendwelche Tageserfolge dieser oder jener Parteigruppe in einem der europäischen Länder.

Es wird auch berichtet, daß das Exekutivkomitee unter dem Gesichtspunkt einer Einschränkung der Aktionen die Unterführungen für die einzelnen Parteigruppen wesentlich getrübt habe. Ebenfalls hat das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, die Berliner „Rote Fahne“, einen Beschluß des Zentralkomitees veröffentlicht, durch den alle Parteimitglieder verpflichtet werden, sich jeglichen individuellen Terrorts zu enthalten und in dem erklärt wird, daß ein Parteimitglied, das gegen diese Anweisungen verstoße, des Namens Kommunist unwürdig sei.

Es wird zwar betont, daß die Partei auch weiterhin ihre Ziele unter Anwendung aller zweckmäßigen Kampfmittel verfolgen werde, terroristische Einzelaktionen und bewaffnete Einzelüberfälle oder Anschläge aber werden als sinnlos bezeichnet, und es wird mit besonderem Nachdruck betont, daß solche Tendenzen mit dem Kommunismus nichts zu tun hätten. Der Hinweis auf die Verurteilung Molotows genügt wohl, um zu erklären, welcher Art die zwingenden Gründe der Zweckmäßigkeit für diese Anweisung sind.

Der Gräfenhaleer Doppelmord-Prozess.

Leipzig, 15. November.

In dem Gräfenhaleer Mordprozess verhandelte das Reichsgericht in Leipzig die Revision gegen die 23 Jahre alte Verurteilung Nikolaus Reichold aus Gräfenhale und ihren Geliebten, den 46jährigen, verheirateten Dachdecker Reinhold Werner aus Leipzig. Beide Angeklagten gelten als überführt, im November 1928 gemeinschaftlich mit anderen Personen das hochbetagte Uhrmacherehepaar Groß ermordet und beraubt zu haben. Nach längerer Beratung wurde folgendes Urteil verkündet: Die Revisionen beider Angeklagten werden mit der Maßgabe verworfen, daß die Angeklagten schuldig des Raubmordes in zwei Fällen sind.

Lübecker Prozess.

Lübeck, 15. November.

Im Lübecker Prozess gab im Einverständnis mit allen Vertretern der Nebenklage Rechtsanwalt Dr. Wittern eine wichtige Erklärung ab. Im ersten Teil dieser Erklärung, die sich gegen das Verhandlungsprogramm des Vorstehenden richtet, heißt es u. a.: Das mit Sorgfalt und Licht ausgearbeitete Programm des Herrn Vorstehenden scheint mir nach den bisher gemachten Erfahrungen die Findung der objektiven Wahrheit zu erschweren. Nach diesem Programm werden Erörterungen oft nur für einen gewissen Zeitschnitt zugelassen. Es wird gebeten, Ermäßigungen darüber anzustellen, ob nicht jeder Fall von Anfang bis Ende geschlossen durchverhandelt werden kann. — Im zweiten Teil der Erklärung wird u. a. gefragt: Kollegiale und berufliche Verbundenheit sowie begreifliches menschliches Mitempfinden stellen in diesem Prozess manche Zeugen deutlich erkennbar vor schwere innere Konflikte. Um so mehr scheint es geboten, daran zu erinnern, daß jeder Zeuge stets der Pflicht eingedenk sein muß, unter keinem Eid alles zu sagen und nichts zu verschweigen von dem, was das Gericht wissen muß, um ein der materiellen Wahrheit entsprechendes Urteil fällen zu können. Oberstaatsanwalt Dr. Vinau erklärte hierzu, was die zweite Frage anlangt, so könne er unterzeichnen, was Dr. Wittern vortrug. Im übrigen sei es bedenklich, von dem einmal gefassten Programm abzuweichen. Der Vorstehende will versuchen, was das Programm angeht, den Wünschen der Nebenklager Rechnung zu tragen. Auch den zweiten Teil der Witternschen Erklärung nahm er entgegen und ver sprach, die Zeugen besonders darauf hinzuweisen.

Verz. Sozial- und Kleinrente.

Die Ansetzung der Sozial- und Kleinrente für den Monat November 1931 erfolgt am Dienstag, den 17. d. Mts. von 11—12 Uhr in der Stadtkasse.

Nebra, den 16. November 1931. Der Magistrat.

Ergebnisse Einladung

An das hochgeehrte Publikum von Nebra und Umgegend!

Die traditionellen Abonnements-Konzerte sollen auch in diesem Winterhalbjahr wieder stattfinden. Obwohl das städtische Orchester durch die derzeitige Wirtschaftskrise ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen ist, hat die Orchesterleitung dennoch das eifrigste Bestreben, diese Konzerte wieder zu hochstehenden künstlerischen Aufführungen zu gestalten. Wir hoffen durch diese Veranstaltungen den allzu grauen Alltag für Stunden vergessen zu machen.

In einer der nächsten Ausgaben werden wir den Konzertplan für die ganze Konzertsaison veröffentlichen. Wir hoffen, damit die gesamte Einwohnerschaft von Nebra und Umgegend dafür zu interessieren. Um nun jedermann ein Abonnement zu ermöglichen, wird eine Preisermäßigung im Abonnement von 25 Proz. eintreten. Für die vier Konzerte ist demnach der Abonnementpreis auf 2 50 RM. pro Person herabgesetzt worden.

Karten sind beim Unterzeichneten zu haben. Eine Liste zum Eintragen wird in den nächsten Tagen airtullieren und bitten wir um gütigste Unterstützung unserer kulturellen Bestrebungen.

Städtisches Orchester, städt. anerkannte Musikschule, Nebra a. M.,
Carl Stein, städtischer Musikdirektor.

Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof“

Buhtag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:

Großer Tonfilm-Abend!

Zur Aufführung kommt die hervorragende

Tonfilm-Operette:

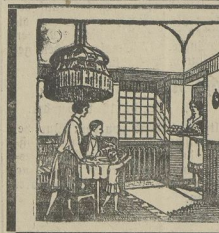
Die Marquise von Pompadour

Unserem:

Ein gutes Beiprogramm.

Es ladet freundlichst ein

Sorgwardt.



Grosse Erfindung! Für jedes Haus! Die willige, billige Magd

die alles schafft Tag und Nacht, fast amsonst, ohne Murren, wie Kochen, Backen, Braten, Dämpfen, Dörren, Bröten, Sterilisieren, Trocknen, heisses Wasser im Ueberfluss, Bäder, Säuberarbeiten und alle Zimmer heizen in einem oder mehreren Häusern, mit einem Feuer von Küche, Keller oder Diele aus. Die Freude im Haus! — Kostenloser Besuch, Zeichnungen, Anschlüsse. Lieferung auf Kauf, Miete oder Abzahlung, in 3, 6, 9 oder 12 Monaten ihr Eigentum.

Hezingerwerk, Crimmitschau i. Sa. Fabrik für Oefen, Herde, Heizungen, Heizungskessel
Telefon 2839

Nur echt mit Schutzmarke Hezinger — Referenz: Buchdrucker Wilh. Sauer, Rösleben

Ausgezeichnete Steuerberatung
und wirtschaftliche Rechtsbelehrung
bieten die
Wirtschaftlichen Kurzbrieft.
41000 KAUFLEUTE
bedienen sich der „W.-K.“ als eines unentbehrlichen, Behelfs! Dreißig Fachmänner sind die ständigen Mitarbeiter der „Wirtschaftlichen Kurzbrieft“. Schnell und zuverlässig orientieren die „W.-K.“ über folgende Gebiete: Steuerwesen, Aufwertung, Arbeitsrecht, soziale Versicherungen, Geld, Bank und Börsen sowie aktuelle Wirtschaftswesen verschiedenster Art. Monatlicher Bezugspreis nur RM 2.65. Verlangen Sie erstmalig Probeabonnement!
Gutschein!
An den Rudolf LORENTZ Verlag
Charlottenburg 9
Gegen Einsendung dieses Kupons erhalten Sie eine Zeilung die W.-K. gratis zugesandt!

Spare mündelhafter **Stadt-Sparkasse Nebra**
bei der

Wissenschaftliche Kenntnisse braucht heute jedermann!
Treten Sie darum dem

Kosmos
der größten und leistungsfähigsten Gesellschaft der Naturfreunde bei.
Sie erhalten vierteljährlich
3 Hefte und 1 Buch
Preisermäßigungen / Vergünstigungen / Auskünfte
alles für RM 2.-
Weit über 18000 Mitglieder!
Melden Sie sich heute
Ihren Beitrag an!
Kosmos / Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, des Kohlenhändlers
Hermann Bauer
ist es uns nicht möglich, für die überaus zahlreichen Beweise der Teilnahme jedem persönlich dankbar die Hand zu drücken. Wir bitten daher alle, auf diesem Wege unseren tiefgefühltesten Dank entgegenzunehmen. Besonderen Dank noch der Schwester Johanna für ihre aufopfernde Pflege, der Schützengilde, dem Bürgerverein und dem Gesangsverein für das ehrenvolle Geleit und den schönen Trauergesang, desgleichen Herrn Pastor Hoyer für die trostreichen Worte am Grabe. — Dies alles hat unserem Herzen so wohlgetan.
Nebra, den 14. November 1931.
Emma verw. Bauer geb. Saches
im Namen aller Hinterbliebenen

Mittwoch: Frischen Schellfisch, Kabeljau, Goldbarsch u. grüne Heringe Kropf, Bahnhofstraße.
Heute eingetroffen: **Früher Schellfisch Goldbarsch u. grüne Heringe**
Ferner: **1a. Büdcklinge Gebte Sprotten Heinrich Berlet.**
Drucksachen
für Handel, Gewerbe und Industrie fertigt an
Buchdrucker W. Sauer

Nebroner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Vofhbedfonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetell 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artzen.

Nr 137

Dienstag, den 17. November 1931.

44. Jahrgang

Hessischer Wahl-Sonntag.

Erkreuzliche Wahlbeteiligung.

Darmstadt, 16. November.

Selten hat eine Landtagswahl in einem der kleineren deutschen Länder derart die Aufmerksamkeit des gesamten Reiches auf sich gezogen wie diesmal die Neuwahl des Hessischen Landtags. Bestimmend dafür ist das Verlangen der Landtagswahl in dem größten deutschen Lande, in Preußen. Und die Tendenz dieser, auch für die Reichspolitik bedeutsamen Wahl kann man bereits jetzt zu einem Teil aus der Umfächigung der Wählermassen erkennen, die sich jetzt bei den Wahlen in anderen Reichsteilen ankündigt.
Daß die Landtagswahl in Hessen starke Veränderungen bringen würde, stand bereits fest, ehe überhaupt die Urnen aufgestellt worden waren. Das bisherige Landesparlament Hessens war 1927 gewählt worden, also zu einer Zeit, wo das politische Gesicht Deutschlands ganz andere Züge zeigte als heute. Zur Illustration genügt der Hinweis, daß 1927 die Nationalsozialisten, die jetzt selbst im kleinsten Dorf stark vertreten sind, den Wahlkampfplatz überhaupt noch nicht betreten hatten.

Merkwürdigerweise haben die großen politischen Parteien, um die in Deutschland seit Monaten der Kampf geht, und deren Lösungsmöglichkeiten die Gemüter erhitzen, nicht verhindert, daß 1931 in Hessen noch mehr Wähler um die Gunst der Wähler geworben haben als 1927. Waren es damals 8 Parteien, die Listen eingereicht hatten, dann betrug diesmal die Gesamtzahl sogar 13, und dabei ist diesmal die Wirtschaftspartei noch ausgefallen, weil die von ihr eingereichten Listen als den gesetzlichen Bestimmungen widersprechend zurückgewiesen worden waren.

Als eine lokale Besonderheit der hessischen Wahl verdient Erwähnung, daß für den Ausfall die Stimmabgabe des freien Landes entscheidend war, wozu nach dem Statistik doch mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten in Ortschaften mit weniger als 3000 Einwohnern. Daß es so den Parteien, die übrigens sämtlich ihre erste Rednergarde eingeleitet haben, nicht leicht geworden ist, an die Wähler heranzukommen, liegt auf der Hand. Bei den lebenskräftigen Parteien wurden diese Schwierigkeiten aber dadurch überwunden, daß allenthalben überzeugte Freunde vorhanden waren, die keine Mühe und keine Arbeit scheuten, um die Massen aufzurütteln und das Herd der Nichtwähler, dem 1927 noch 45,5 Prozent der Stimmberechtigten angehörten, in Bewegung zu setzen.

Das ist diesmal in weitgehendem Maße gelungen, bezuglich der Wahlbeteiligung durchweg 80 bis 90 Prozent. In verschiedenen Städten und Gemeinden hatten bereits in den Mittagsstunden mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt. In mehreren Orten waren um die Mittagszeit sogar bereits 80 Prozent der Wähler an der Urne gewesen. Zu Zwölfhundert ist es während der Wahlhandlung nicht gekommen. Auf dem Lande war die Wahlbeteiligung gleichfalls außerordentlich stark.

Es geht eben in Deutschland nicht mehr darum, ob hier und dort diese oder jene Koalition aus Ruder kommen soll, sondern wir sind jetzt in einen Auseinanderberufungsprozess geraten, in dem sich die Geister scheiden und neue Fronten entstehen. Der Blick muß jetzt gleichgültig ob ein neuer Landtag oder ein neues Kommunalparlament gewählt wird, immer auf das Ganze gerichtet werden. Wir müssen heraus aus dem Wirrwarr der Parteienzählerei und die handlungsfähigen Gebilde schaffen, die Notzeiten wie die unfrihe erfordern.

colorchecker CLASSIC
15 (24)
10 (18)
10 (6)
1 (6)
1 (7)
1 (5)
1 (3)
2 (9)
1 (3)
1 (—)
27 (—)
reich.
16. November.
gibt Miedungen
getünliche Wie-

dererrichtung eines chinesischen Kaiserreiches noch im Laufe des heutigen Montags in Mukden erfolgen soll. Unterstützung werde die Kaiserproklamation durch Japan. So soll auch ein japanischer Offizier den jungen Kaiser regelrecht aus Tientsin an Bord eines japanischen Zerstörers einführt und nach Dairen gebracht haben, von wo dann Kaiser Hsuan Tung schleunigst nach Mukden weitergefahren zu sein scheint. Von japanischer Seite wird allerdings dieser Darstellung widersprochen.

An der Monni-Brücke ist der Kampf auch während des Wochenendes weitergegangen, nachdem der chinesische General Ma das ihm überlegene Ultimatum der Japaner abgelehnt hatte. Die Selbstbefestigungen der Truppen des Generals Ma erstreckten sich über 3 Kilometer und sind mit 30 Selbstgeschützen, zahlreichen Minenwerfern und Maschinengewehren ausgestattet. Auf beiden Flügeln stehen starke Kavallerie-Abteilungen. Die Japaner haben aus dem Süden Verstärkungen herangezogen und bereiten offenbar den Sturm auf Tientsin vor.

Sollte Tientsin für den Japaner besetzt werden, dann würde damit der Konflikt die allergrößte Ausdehnung annehmen, denn mit der Einnahme Tientsins durch die Japaner würde zugleich direkt festgelegt werden, weil dann dieser wichtige Punkt der ostchinesischen Eisenbahn, die gemeinsam von den Chinesen und Russen verkehrt wird, in die Hände der Japaner gelangen würde.

Der Leiter der russischen Außenpolitik, Litwinow, über gab dem japanischen Botschafter eine Erklärung zur Weiterleitung nach Tokio. Darin heißt es, mit dem Gefühl der höchsten Bedauernisse stelle die Sowjetregierung fest, daß japanische Militärjets Erklärungen über die Unfertigkeit dieses oder jenes chinesischen Generals durch Mukden verbreiten.

Die Sowjetunion — so führt die Erklärung dem fort — macht die japanische Äußerung auf diese gewöhnlich losjenseitige Kampagne aufmerksam, die gewisse Militärkreise der Mandchurie systematisch durchführen und die die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion komplizieren. Die Regierung der Sowjetunion hält es im Zusammenhang damit für zutreffend, an die Versicherungen der japanischen Botschafter zu erinnern, daß die Interessen der Sowjetunion durch die Ereignisse in der Mandchurie keinerlei Schädigung erfahren werden.

Sie muß so mehr daran erinnern, weil Informationen vorhanden sind, daß das japanische Kommando die Ueberführung der Offiziere im Bezirk Tientsin auf eine Ueberlegung des Eisenbahnverkehrs vorbereitet, was der Sowjetunion materiellen Schaden zufügt. Die Sowjetregierung regnet damit, daß die Versicherungen, die die japanische Regierung abgegeben hat, in Kraft bleiben und nicht verkehrt werden.

Der japanische Botschafter in Washington hat Unterstaatssekretär Caffery erklärt, daß die japanischen Truppen am Brückenkopf des Mannjufusses einen etwaigen chinesischen Angriff abwehren würden. Während die japanischen Streitkräfte in dieser Gegend 2000 Mann betragen, seien dort etwa 20 000 Chinesen vertreten. Daß sich im Norden der Mandchurie russische Truppen im Frieden, hält der Botschafter für ausgeschlossen.

China und Japan protestieren in Genf

Genf, 16. November.

Japan und China haben an den Völkerverbund Proteste gesandt, in denen sie sich gegen die illegale Handlung beschuldigen. Japan wirft dem Völkerverbund Sekretariats noch vor, durch Verbreitung unrichtiger Berichte dazu beigetragen zu haben, die öffentlichen Meinungen „zu verzerren“.

Deutsch-französische Differenzpunkte.

Provisorium und Kreditfrage.

Berlin, 15. November.

In der gegenwärtigen Verhandlungssphäre, soweit sie sich durch die letzte deutsche Füllungsname leuzigend, spielen, wie zuverlässig verlautet, vor allem zwei deutsch-französische Differenzpunkte eine Rolle, und zwar wird von französischer Seite der Standpunkt vertreten, daß die jetzt zu treffende Regelung streng auf den Zeitabschnitt der gegenwärtigen Krise beschränkt bleibt. Ein Inkrafttreten des Youngplans soll für den Fall erfolgen, daß eine Besserung der Lage eingetreten ist.

Das bedeutet also, daß die französische Regierung die letzte Regelung nur als ein Provisorium ansieht, nach dessen Ablauf die Verpflichtungen des Youngplans wieder aufgenommen werden sollen, während auf deutscher Seite eine endgültige Regelung in Vorschlag gebracht worden ist, die sich zeigt hat, daß der Youngplan in keiner letzten Gestalt überhaupt nicht mehr für die Reparationsfrage brauchbar sein kann.

Die zweite Differenz liegt in der Auffassung über die Frage der kurzfristigen Kredite. Von französischer Seite wird anerkannt, daß eine Regelung der kurzfristigen Kredite erforderlich muß. Es wird jetzt darauf hingewiesen, daß in dem Katalog der kurzfristigen Kredite sich solche finden, die ohne weiteres zum Ausfall kommen müssen. Werden

diese faulen Kredite aus dem Gesamtrahmen herausgenommen, so würden, wie die Franzosen meinen, Mittel zu Reparationszahlungen frei.

Von deutscher Seite wird das mit Recht bestritten. Außerdem sind die Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Kredite ungeheuer groß, und vor allem würde Deutschland durch eine solche Regelung, wenn sie überhaupt möglich wäre, allerhöchsten Schaden im Hinblick auf seinen Auslandskredit erleiden. Ueber die beiden Punkte wird Staatssekretär von Bülow bei seiner Anwesenheit in Paris mit den beteiligten französischen Stellen noch verhandeln. Dazu kommt dann weiterhin noch die Frage, ob neben dem Sachverständigenausschuß der V.B.Z. noch ein zweiter Ausschuß mit erweiterter Vollmacht eingesetzt werden soll.

Kein Geld von Frankreich.

Erläuterungen Davaals im Senat.

Paris, 15. November.

Vor den Staatsauschüssen für auswärtige Politik und Finanzen, die gemeinsam verammelt waren, legte Davaal Wert auf die Feststellung, daß er in Bezug auf die Regelung der Reparationsfrage noch keinerlei Garantien übernehmen könne, bevor der Bericht der Sachverständigen nicht aufgestellt worden sei, deren Einberufung die Regierung nun beantragen werde. Nach der Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands würden die beiden Regierungen in aller Offenheit und Freiheit ihre beiden Auffassungen miteinander vergleichen.

Frankreich denke jedenfalls nicht daran, in irgendeiner Form französisches Geld nach Deutschland zu bringen. Außerdem würde die Summe, die Deutschland benötige, derart hoch sein, daß man ansehend deutscherseits bereits jede Hoffnung auf eine Anleihe habe fallenlassen.

Vor Einberufung des V.B.Z. Ausschusses?

Paris, 16. November.

Wie man hört, hat sich der Stand der deutsch-französischen Verhandlungen wegen der Einberufung des im Young-Plan vorgesehenen Beraters Sonderausschusses nach der Besprechung Hoehls mit Finanzminister Flandin nicht merklich geändert. Die deutsche Regierung geht von dem Grundgedanken aus, daß nicht die Beratungen des Sonderausschusses, sondern diejenigen der Regierungen den Schlüssel unter die „europäischen“ Verhandlungen legen müßten und werde deshalb sehr bald bei der V.B.Z. die Einberufung der Sachverständigen beantragen. Nur nach die Abklärung der Formel für die Einberufung des Beraters Sonderausschusses der V.B.Z. bilde Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen.

Reparationen und Kredite

Baldwin vor dem Unterhaus.

London, 14. November.

Am englischen Unterhaus sprach Baldwin über die finanzielle Lage Englands und auch Deutschlands. Die Konsequenzen der Geldkrise beschränkte er als notwendig. Mit Bezug auf die Kriegsschulden und Reparationen erklärte Baldwin, die ganze Welt sei sich heute darüber klar, daß die Altlasten zusammengebrochen seien. Die durch Hoover eingeleitete Atempause reiche nicht aus. Die Zukunft ist ungerlegt geblieben, der Vertreter der Regierung hat auf der Londoner Konferenz im vergangenen Juli erklärt, daß die Wiederherstellung gelunder Finanzverhältnisse in Deutschland im Interesse der ganzen Welt liege.

London ist in hohem Maße beflüchtigt gewesen bei der Finanzierung Deutschlands, und hat es dadurch befähigt, letzten internationalen Handel fortzuführen und seine Reparationen zu zahlen. Diese finanziellen Vorhülfe waren nicht spekulativ, sie stellen die beste Art von Sicherheit dar, die dem Markt bekannt war, und es ist klar, daß die Sicherheit für diese Verpflichtungen nicht durch politische Schindeln gefährdet werden darf. Wenn dies Platz greifen würde, würde es Deutschlands Handelskredit zerstören, und wenn einmal Deutschlands Handelskredit zerstört wäre, würde es überhaupt keine Zukunftsaussichten auf Reparationen geben.

Verhandlungen des Wirtschaftsrats.

Leistung und Zinsfragen.

Berlin, 15. November.

Bei den bisherigen Beratungen des Wirtschaftsrats hat sich gezeigt, daß die bisherige Verhandlungsmethode zwar dazu geführt hat, die Stellungnahme der einzelnen Mitglieder des Wirtschaftsrates zu präzisieren, die Formulierung von Leitlinien für ein Wirtschaftsprogramm wurde dabei jedoch nicht in dem gewünschten Maße gefördert.

Deshalb hat man sich zu einer Änderung der Verhandlungsmethoden entschlossen und es haben in besonderen der Reichsarbeitsminister Siegerward und der Reichswirtschaftsminister Brüning Verhandlungen mit einzelnen Gruppen des Wirtschaftsrates geführt, und dabei vornehmlich die Frage der Zinsfragen und der Auflockerung der Tarife erörtert.

Bei der Auflockerung der Tarife ist in Aussicht genommen eine Änderung der Tarifverträge insofern, als diese